

RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke

Ausgabe 10/2024



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die Blätter färben sich, die Tage werden wieder kürzer und der Mantel wird zum ständigen Begleiter. Der Herbst hat uns erreicht. Bald stehen für die Schülerinnen und Schüler in NRW die Herbstferien an, im politischen Berlin geht es dieser Tage aber unvermindert weiter.

Ich muss es in fast jedem Newsletter schreiben, aber der Blick auf die Realität zwingt uns dazu: Deutschland steht vor großen Herausforderungen und die Ampelkoalition tut leider viel zu wenig, um diesen gerecht zu werden. Die wirtschaftliche Lage in unserem Land spitzt sich zu. Ganz besonders spürt das die Automobil- und Zulieferindustrie. Wenn diese schwächelt, ist unser ganzes Land betroffen. Aber auch aus vielen anderen Industriezweigen kommen schlechte Nachrichten. Die Problemlage ist komplex, aber keine konkreten Antworten zu liefern, ist die schwächste aller möglichen Reaktionen. Auch beim Thema Migration agiert die Ampel viel zu zögerlich und lässt sinnvolle politische Vorschläge, selbst aus eigenem Hause, unberücksichtigt.

Bei all dem tut sich aber ein Lichtblick auf: Wir als Union stehen inhaltlich und personell jederzeit bereit, nach etwaigen Neuwahlen unser Land aus einer neuen Regierung heraus zu gestalten und die großen Herausforderungen demutsvoll, aber auch couragiert anzunehmen. Wir haben aus der Wahlniederlage von 2021 gelernt. Mit Friedrich Merz haben wir einen hochkompetenten Kanzlerkandidaten. Er wird uns – dessen bin ich mir sicher – mit großem Engagement in den Wahlkampf führen. Meine Unterstützung hat er in jedem Falle!

Herzliche Grüße

Ihr Dr. Hermann-Josef Tebroke

DIE MIGRATIONSKRISE

Der feige Terroranschlag gegen einen jungen Polizisten in Mannheim sowie der hinterhältige Angriff in Solingen haben unser Land und das Sicherheitsgefühl vieler Menschen tief erschüttert. Die Ampel hat im Nachgang hierzu verschiedene Maßnahmen ins Schaufenster gestellt und bestmöglich versucht, einen engagierten Eindruck zu vermitteln. Die Maßnahmen sind dem Grunde nach vollkommen richtig: (i) die Befugnisse des Bundeskriminalamts, des Verfassungsschutzes und der Bundespolizei auszuweiten; (ii) das Asyl- und Aufenthaltsrecht strikter auszugestalten; (iii) durch ein adäquates Grenzregime die Einreise in unser Land zu kontrollieren. Doch die Beratungen stecken im parlamentarischen Verfahren fest. Statt die notwendigen Maßnahmen nun endlich legislativ zu verabschieden und dann unmittelbar administrativ durchzusetzen, schiebt sie die Ampel auf die lange Bank – als ob sich dadurch die Probleme auf einmal von selbst lösen würden.

Gleichzeitig blockiert die Ampel aber auch das Verfahren über unsere Initiativen zur Migrationspolitik und inneren Sicherheit. So haben wir bereits in der vergangenen Sitzungswoche mit unserem Antrag „Ein umfassendes Sicherheitspaket jetzt beschließen“ wichtige ergänzende Forderungen vorgebracht. Wir benennen darin rasch umsetzbare Maßnahmen für eine wirkungsvolle innere Sicherheit und für effektivere Befugnisse der Sicherheitsbehörden. Denn wir wollen die Bevölkerung wirksam vor Terrorismus und steigender Kriminalität schützen.

Die Ampel kann unseres Erachtens so nicht weiter verfahren. Denn die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land verlieren bei so einem Politikstil das Vertrauen. Wenn die Politik signalisiert „Wir haben verstanden“ – wie das die Ampel nach dem Terroranschlag in Solingen (zu) spät anerkannt hat – dann muss das in konkreten parlamentarischen Maßnahmen münden. Andernfalls treiben die Ampelkoalitionäre die Bürgerinnen und Bürger an die demokratischen und damit parlamentarischen Ränder, die stabile Regierungen ungleich schwerer werden lassen. Daher appellieren wir als Union nochmal ganz ausdrücklich an die Ampel und insbesondere an Bundeskanzler Scholz: Es muss jetzt gehandelt werden, damit uns die Lage nicht weiter entgleitet und die politische Glaubwürdigkeit dieser Bundesregierung nicht noch weiter

TERMINE

Sitzungswoche 14. – 18.10.2024
Deutscher Bundestag

15.10.2024, 18:30 Uhr
Präsentation der 19. Shell Jugendstudie 2024
Landesvertretung
Nordrhein-Westfalen beim Bund

16.10.2024, 20:00 Uhr
„Die deutsche Automobilindustrie -
Transitionspläne für die Zukunft“
Made in Germany 2030 und
Agora Verkehrswende
Unter den Linden 36-38, 10117 Berlin

Sitzungswoche 04. – 08.11.2024
Deutscher Bundestag

17.11.2024, 14:00 Uhr
Wiedereröffnung St. Laurentius
Laurentiusstr. 4, 51465 Bergisch Gladbach

21.11.2024, 15:00 Uhr
Bürgersprechstunde Kürten
Bürgerhaus-Eckchen, 51515 Kürten

Sitzungswoche 25. – 29.11.2024
Deutscher Bundestag
Haushaltswoche

Sitzungswoche 02. – 06.12.2024
Deutscher Bundestag

14.12.2024, 18:00 Uhr
50-jähriges Jubiläum
Städtepartnerschaft Rösrath-Veurne
Freiherr-vom-Stein-Schule
51503 Rösrath

Sitzungswoche 16. – 20.12.2024
Deutscher Bundestag

*Weitere Informationen finden Sie auf
meiner Homepage!*

leidet. Die mit Rücktritten einzelner herausgehobener Parteifunktionäre möglicherweise erhoffte positive Wirkung wird verpuffen, wenn gesetzgeberisch die Kurskorrektur nicht tatsächlich stattfindet.

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE UNSERES LANDES

Die Ausgangslage muss man gar nicht schlecht reden, denn sie ist rein faktisch schlecht: Erst jüngst haben die führenden Wirtschaftsinstitute die Wachstumsprognose für Deutschland für 2024 sowie die Aussichten für 2025 erneut gesenkt. Das Bruttoinlandsprodukt unseres Landes stagniert nicht nur, es sinkt. Wäre die Lage aller Orten weltweit gleich schlecht, müsste uns das weniger umtreiben. Aber weltweit sehen wir Wachstumstrends, sowohl bei Entwicklungsländern, bei Schwellenländern, aber auch – und das ist beachtlich – bei vielen anderen Industrienationen. Umso mehr muss es uns erschrecken, wie dramatisch die Lage in Deutschland ist.

Beispielhaft können wir das an der deutschen Automobilindustrie sehen: Sie ist unser bedeutendster Industriezweig. Davon umfasst sind aber nicht nur die großen Automarken in unserem Land wie etwa VW, BMW, Mercedes oder Ford. Fahrzeug- und Motorenhersteller sind auf vielfältigste Weise mit unserem deutschen Mittelstand verbunden. In der Automobilwirtschaft zeigen sich die Anzeichen für eine Krise ganz deutlich: Die Auto-Produktion geht kontinuierlich zurück. Im August wurden fast 70 Prozent weniger E-Autos zugelassen als noch im Vorjahresmonat. Bei den Zulassungszahlen von Verbrennern gab es einen Rückgang von knapp 30 Prozent. Diese Zahlen müssen uns erschrecken – denn das heißt, es gibt weniger Verkäufe, weniger Wertschöpfung, weniger Neueinstellungen und weniger Steuereinnahmen.

Die Bundesregierung hingegen scheint nach wie vor den Ernst der wirtschaftlichen Lage immer noch nicht erkannt zu haben. Sie agiert nach wie vor planlos – in der Wirtschaftspolitik, der Finanzpolitik, und der Energiepolitik. Der interne Streit und die damit verbundene Unklarheit verunsichert alle: Unternehmerinnen und Unternehmer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Ampel trägt damit wesentlich zu der für die in Europa einmalig schlechten Entwicklung unserer deutschen Wirtschaft bei. Wir als Unionsfraktion wollen es aber nicht nur bei der berechtigten Kritik belassen, sondern mit gezielten Maßnahmen den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken. Zuvörderst müssen wir die Rahmenbedingungen für alle

EINBLICKE



Gemeinsam mit meinem Kollegen Florian Müller MdB war ich zu Gast im Shell Energy & Chemicals Park Rheinland in Wesseling – einer von fünf Parks, der zukünftig mehr nachhaltige Chemie- und Energieprodukte herstellen wird. 2021 hat Europas größte PEM-Wasserstoff Elektrolyse zur Herstellung von grünem Wasserstoff, REFHYNE I, den Betrieb aufgenommen. Ein weiterer, größerer Elektrolyseur mit einer Leistung von 100-Megawatt, befindet sich im Bau und soll 2027 einsatzbereit sein.



Quelle: CDU/Burkhard Dohm

Anfang September war der Generalsekretär Dr. Carsten Linnemann MdB zu Besuch in Bergisch Gladbach auf dem neuen ISO-TEC Campus. Es ging um die Wahlen in Sachsen und Thüringen und die Zukunft der CDU im kommenden Bundestagswahlkampf.

insgesamt verbessern. Wir fordern seit geraumer Zeit eine echte „Wirtschaftswende“ ein und haben hierfür auch umfangreiche Vorschläge ausgearbeitet. Dazu zählen unter anderem die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum, die Halbierung der Netzentgelte sowie eine echte Unternehmenssteuerreform.

Zur gegenwärtigen Lage tut natürlich sein Übriges, dass wir immer noch keinen belastbaren Haushaltsentwurf für 2025 haben. Offenkundig sind die bisher vorgelegten Unterlagen bereits vollumfänglich Makulatur: Darin sind weder die erfolgten NATO-Zusagen eingepreist noch die außer Verhältnis geratenen Erhöhungen des Bürgergeldes. Es ist schon eine parlamentarische Unverfrorenheit, die ihres gleichen sucht, dass die Ampel wider besseren Wissens einen Haushaltsentwurf vorlegt, der vorgibt, innerhalb der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen zu liegen – obwohl er das nachweislich nicht tut. Wir fordern einen ehrlichen Haushaltsentwurf, der nicht nur sozialpolitische Wohltaten verteilt, sondern in die Zukunft unserer Kinder und die Sicherheit unserer Gesellschaft investiert.

UNSER KANZLERKANDIDAT FRIEDRICH MERZ

Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt: Es besteht politischer Handlungsbedarf und auch personell braucht es für dieses Land eine Neuaufstellung. Wir als Union stehen hierfür nun vollständig bereit: Die Spitzen von CDU und CSU, allen voran unser Ministerpräsident Hendrik Wüst, haben sich gemeinsam hinter Friedrich Merz gestellt. Vorvergangene Woche ist Friedrich Merz nunmehr offiziell zum Kanzlerkandidaten der Union gekürt worden. Ich begrüße das ausdrücklich: Nur gemeinsam können wir die kommende Wahl gewinnen. Wir als Union dürfen uns glücklich schätzen, dass wir mit Friedrich Merz und Hendrik Wüst, aber auch mit Daniel Günther, Markus Söder, Jens Spahn, Julia Klöckner, Boris Rhein und so vielen anderen über charakterstarke, ehrliche politische Köpfe verfügen, die unser Land und damit unser aller Zukunft gestalten wollen.

Friedrich Merz wird uns mit einem ausgewogenen, pluralistischen und kompetenten Team in den Bundestagswahlkampf 2025 führen – selbstverständlich auch schon früher, sollte die Ampelkoalition vorher an inneren Zwistigkeiten zerbrechen. Friedrich Merz kann wie kein zweiter die anspruchsvolle Lage unseres Landes analysieren und zugleich ganz konkrete Maßnahmen vorschlagen, wie wir gestärkt in die Zukunft gehen können. Im Bundestagswahlkampf muss es stärker als im vergangenen für uns als Union darauf ankommen, unsere politischen Ziele und Ideen in den Vordergrund zu stellen. Wir haben gute Rezepte, allen voran in den Bereichen Wirtschaft,

Finanzen, Verteidigung, Bildung und Sozialpolitik – aber auch und gerade in der Energie- und Klimapolitik. Wir wollen den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft wieder stärken, unser Land gemeinsam gestalten und werden für unsere Überzeugungen eintreten.

Uns als Union wird das vor allem gemeinsam gelingen. Stärker als im vergangenen Wahlkampf muss klar sein: CDU und CSU stehen Seite an Seite und vereint hinter dem gemeinsamen Spitzenkandidaten. Denn gewinnen können wir nur zusammen!

ERINNERUNG AN DEN 7. OKTOBER 2023

Diese Woche müssen wir zumindest in Teilen den Blick von den vielen Herausforderungen bei uns in Deutschland abwenden und ganz besonders unsere Freunde in Israel in den Blick nehmen: Für Israel gibt es ein Leben davor und danach. Der 7. Oktober hat sich in das kollektive Gedächtnis des Landes eingeprägt wie der 11. September in das der USA. Nunmehr jährt sich ein terroristischer Überfall, der an Brutalität und zielgerichteter Menschfeindlichkeit wirklich seines Gleichen sucht.

Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen – und ganz besonders bei den nach wie vor in den Händen der Hamas befindlichen Geiseln. Bei den Geiseln handelt es sich keineswegs bloß um Soldatinnen und Soldaten – was bereits schlimm genug wäre, diese als eine Art Faustpfand zu benutzen. Unter den Geiseln sind Frauen und Männer jeden Alters, Greise, Kinder und sogar Säuglinge; Menschen jeden Alters, die an einem Samstagmorgen 2023 in einer friedlichen Welt aufgewacht sind und seitdem in Dunkelheit gefangen sind. Wer nur ansatzweise das Ausmaß des Angriffs nachvollziehen kann, wird angesichts der Geschehnisse tief überschüttet zurückbleiben. Die mit Drogen hochgeputschten Hamas-Kämpfer haben ganze Familien ausgelöscht und das auf brutalste und demütigendste Art und Weise. Weit über 1200 Personen insgesamt wurden am 7. Oktober 2023 erniedrigt, erwürgt, erschlagen und obendrein noch geschändet – und das teils tot und teils lebendig. Allein die Formulierungen sind eine Zumutung, aber sind doch zugleich bittere Realität gewesen an einem so friedlich geplanten jüdischen Festtag im Oktober 2023.

Israel hat das Recht und im staatsrechtlichen Sinne sogar die Pflicht, sich selbst zu verteidigen und das Leben seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Das gilt natürlich gegenüber der Hamas und der sie tragenden palästinensischen Strukturen. Das gilt aber auch gegenüber allen anderen Staaten in der Region, die das Existenzrechts Israel leugnen und

DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227- 79547

Büro Bergisch Gladbach
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach
Tel.: (02202) 93695- 30
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail:
hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Internet:
<https://www.hermannjosef-tebroke.de/>

Stand: 11.10.2024

Israel als Staat aktiv bekämpfen. Israel als einzige frei gewählte Demokratie in der gesamten Region sieht sich gegenwärtig Angriffen aus Syrien, dem Libanon, Jemen und dem Iran ausgesetzt. Es ist nach meinem Dafürhalten unsere Verpflichtung als Bundesrepublik Deutschland, Israel zu unterstützen. Das erklärt sich nicht allein mit der Geschichte und der daraus resultierenden besonderen Verantwortung Deutschlands zum Schutz jüdischen Lebens weltweit. Deutschland steht als souveräner Staat immer auf Seiten des Völkerrechts und muss sich für den Schutz überfallener Staaten einsetzen – was in der Ukraine gilt, kann in Israel keinen Unterschied machen. Deutschland muss daher Israel wirtschaftlich, finanziell, aber allen voran politisch unterstützen. Dabei verschließen wir unseren Blick nicht vor der herausforderungsvollen Lage der Bevölkerung im Gaza-Streifen. Die Hamas ist jedoch hierfür zuvörderst verantwortlich. Die Hamas nutzt die Zivilbevölkerung als Schutzschild, nimmt ihr Leiden blind in Kauf, ja schlachtet es auf brutale Art und Weise für ihre eigene Propaganda aus. Das Leid, das in den vergangenen 12 Monate in Israel und der Region geschehen ist, ist unvorstellbar groß und unerträglich.

Gleichzeitig dürfen wir aber auch die konkreten Auswirkungen im eigenen Land nicht übersehen. Deutschland darf nicht zulassen, wenn auf deutschen Straßen die Existenz Israels geleugnet wird und jüdisches Leben bedroht, ja sogar angegriffen wird. Es muss uns beschämen, dass die Zahl antisemitischer Straftaten seit Anfang Oktober 2023 auf dramatische Weise zugenommen hat. Wir leben in einem freiheitlich-demokratischen Staat, der die Meinungsfreiheit garantiert und achtet. Aber es muss für alle Demokraten doch klar sein, dass die Meinungsfreiheit jedenfalls dort endet, wo zur Vernichtung des Staates Israel aufgerufen, Juden der Tod gewünscht oder der Holocaust geleugnet wird. Das darf es gerade in Deutschland im Jahr 2024 nicht geben! Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion stehen zusammen mit allen Demokratinnen und Demokraten in unserem Land fest an der Seite der Jüdinnen und Juden in Deutschland. Sie müssen in ihrem Land sicher sein und ohne Angst leben können. Antisemitismus darf in Deutschland keinen Platz haben – was so selbstverständlich klingt, muss schlichte Realität in unserem Land sein (oder jedenfalls wieder werden).